

Neujahrsansprache 2010

Sehr geehrte Damen und Herren

Willkommen zum diesjährigen Neujahrsapéro. Im Namen des Gemeinderates begrüsse ich Sie ganz herzlich. Ich freue mich, heute mit Ihnen auf das Neue Jahr anstossen zu dürfen.

Hätte es im vergangenen Jahr den 29. November nicht gegeben, so hätte ich heute im Jahresrückblick wahrscheinlich über folgende Themen gesprochen:

- Darüber, dass die Wirtschaftskrise bereits wieder am abflauen ist und berechtigte Hoffnung besteht, dass es bald wieder aufwärts geht.
- Darüber, die Schweinegrippe gesund überlebt zu haben – zumindest bis jetzt.
- Über die Abschaffung des Bankgeheimnisses und dass wir uns jetzt nicht mehr schämen müssen, am Geld von Steuerflüchtlern mitzuverdienen.
- Über den guten Rechnungsabschluss der Gemeinde in den letzten beiden Jahren und dass wir damit ein gutes Fundament haben, um die nächsten, wohl magereren Jahre, ohne Steuererhöhung durchstehen zu können.
- Vielleicht hätte ich Ihnen auch von den letzten Reinacher Gesprächen erzählt und wie uns der Zukunftsforscher Matthias Horx illustriert hat, dass es noch nie so vielen Menschen auf der Erde so gut gegangen ist und grosse Chancen bestehen, dass sich dieser Trend in der Zukunft noch verstärken wird. Und dass alle Anzeichen darauf hindeuten, dass die Frauen definitiv das Zepter übernehmen: sie sind besser ausgebildet, sie stellen in Kürze die Mehrheit an den höheren Schulen und den Universitäten und übernehmen zunehmend Führungspositionen in Politik und Wirtschaft.
- Sicher hätte ich erwähnt, dass der letzte Reinacher Preis an Herrn Argo Lucco ging in Anerkennung seines Jahrzehnte langen Einsatzes für die Integration von Ausländern in Reinach und im Birstal generell.

Aber eben: Den 29. November *hat* es gegeben und das Stimmvolk hat die Minarett-Initiative mit grosser Mehrheit angenommen. Deshalb möchte ich heute einige Gedanken über diesen Entscheid und die Hintergründe anstellen. Denn wie sollen wir die Zukunft anpacken, wenn wir die Vergangenheit nicht verstehen?

Minarett-Abstimmung

Um es gleich vorweg zu nehmen: Ich gehöre zur naiven Minderheit der Schweizerinnen und Schweizer die geglaubt haben, dass es um Minarette geht, wenn über Minarette abgestimmt wird. Ich gebe zu, ich habe mich getäuscht: Inzwischen scheint ja Konsens darüber zu bestehen, dass es gar nicht um Minarette gegangen ist. Aber wenn es nicht um Minarette ging: Wozu haben wir dann Stellung bezogen?

Vielleicht zum **Islam in der Schweiz**, zur sogenannten «schleichenden Islamisierung»? Aber das kann ich mir kaum vorstellen. Tatsache ist zwar, dass sich die Anzahl Muslime zwischen 1980 und 2000 etwa versechsfacht hat. 2000 lebten rund 300'000 Muslime in der Schweiz (etwa gleich viele Leute gehörten keiner Kirche an). Muslime machen damit etwa 4% der Bevölkerung aus. Ich kann mir auch nicht gut vorstellen, dass 57% der SchweizerInnen schlechte Erfahrungen mit dem Islam in der Schweiz gemacht haben. Die Muslime in unserem Land praktizieren ihren Glauben ja sehr zurückgezogen. Eher kleinbürgerlich als radikal-umstürzerisch tönt die Aussage eines Muslims im Integrationsbericht der Eidgenössischen Kommission für Ausländerfragen: «*Ein guter Bürger hält sich an die Vorschriften, zahlt die Steuern und sortiert die Abfälle*». Dass es durchaus integrierte Muslime mit Inter-

esse an unserer Kultur und Religion gibt, zeigt mit eine Episode aus der Schule, die meine Frau erlebt hat: Als sie die Weihnachtsgeschichte in der Klasse erzählte, haben die beiden muslimischen Kinder mehr über die christliche Weihnachtsgeschichte gewusst, als ihre christlichen MitschülerInnen.

Oft habe ich das Argument gehört, in muslimischen Ländern würde den Christen auch nicht erlaubt, Kirchen zu bauen. Einmal abgesehen davon, dass es auch Länder wie Syrien gibt, in denen Christen und Muslime friedlich zusammen leben: Ja, es gibt solche intoleranten Länder, beispielsweise Saudiarabien. Die dort regierenden (islamischen) Wahabiten sind radikal und kämpfen dafür, dass es neben dem Koran kein säkulares Recht mehr geben darf. Aber erstens sind nicht alle Muslime so fundamentalistisch wie die Wahabiten und zweitens sollten wir uns doch nicht nach den rückständigsten und intolerantesten Staaten messen; das haben wir doch nicht nötig! Nur nebenbei: In der Vergangenheit haben die Amerikaner ausgerechnet die Wahabiten, diese radikalste Richtung der Muslime zu dem auch das saudische Königshaus gehört, unterstützt und viele gemässigtere muslimische Staaten als Schurkenstaaten isoliert und geschwächt.

Vielleicht hat der **gewalttätige islamische Fundamentalismus**, so wie er in den Terroranschlägen in den USA und in anderen Ländern sein hässliches Gesicht gezeigt hat, eine Rolle gespielt? Das wäre sicher nachvollziehbar. Was sich muslimische Hassprediger in Deutschland, Frankreich oder England erlaubt haben (und teilweise immer noch erlauben), darf nicht geduldet und unwidersprochen bleiben. Terrorismus – auch verbaler – ist inakzeptabel und muss bekämpft werden, egal ob er von Muslimen oder anderen Kreisen ausgeht,. Aber in der Schweiz ist mir kein Fall fundamental-islamischer Hetze bekannt, mit Ausnahme des einen ausgewiesenen Imams in Genf. Bei uns ist es meines Wissens auch noch nie zu Drohungen gegenüber Andersgläubigen gekommen, ist noch nie zur Gewalt aufgerufen worden und auch auf Karikaturisten sind hier noch keine Mordanschläge verübt worden. Wenn es bei uns zu gewalttätigen «politischen» Auseinandersetzungen kommt, dann sind die linken Autonomen am 1. Mai in Zürich oder rechtsextreme Glatzköpfe auf dem Rütli dafür verantwortlich. Als gemässigte Variante – Stiefel statt Pflastersteine – wären noch die Bauern zu erwähnen, aber das ist ein anderes Thema.

Zwischenstand: Wahrscheinlich ging es am 29. November weder um Minarette, noch um den Islam in der Schweiz und wohl auch kaum um islamistischen Terror. Worum dann?

Ging es vielleicht darum, ein symbolisches Zeichen gegen **kriminelle Ausländer** zu setzen? Das wäre nachvollziehbar. Es ist tatsächlich so, dass Ausländer, und ich benutze jetzt bewusst nur die männliche Form, überdurchschnittlich oft mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Ausländer stellen zwar nur 20% der Bevölkerung, sie sind aber in fast die Hälfte aller Straftaten involviert. Das ist ein echtes Problem und darf nicht verharmlost werden, auch wenn man sich fragen kann, ob diese Statistik sehr aussagekräftig ist. Es ist eine Tatsache, dass wenig gebildete, allenfalls gar arbeitslose junge Männer überdurchschnittlich häufig in Straftaten verwickelt sind – egal ob Schweizer oder Ausländer. Der soziale Status ist also mindestens so wichtig, wie die Nationalität. Aber auch wenn man dies mitberücksichtigt, schneiden die jungen männlichen Ausländer immer noch schlecht ab.

Ich frage mich nur: Braucht es wirklich zwei Kategorien Krimineller, die Schweizer und die Ausländer? Wieso können wir nicht einfach die bestehenden Gesetze konsequent anwenden oder, falls sie nicht genügen, verschärfen? Raser (oder ihre Eltern) kommen offensichtlich überdurchschnittlich oft aus dem Balkan. Das mag mit Machogehabe oder was weiss ich zu tun haben. Für mich sind Raser Kriminelle, die hart angefasst und bestraft werden müssen und denen man die Tatwaffe, ihr Auto, wegnehmen muss. Geht das mit den bestehenden Paragraphen nicht, dann sind sie zu schaffen. Aber ich bin gegen Sippenhaft. Nicht alle Mazedonier, Albaner oder Serben sind Raser – genau so wenig, wie alle Schweizer Banker Wirtschaftskriminelle sind. Es braucht nicht unterschiedliche Massstäbe und Instrumente für einheimische, ausländische oder eingebürgerte Raser.

Weit mehr Sorge als der Umstand, dass Ausländer öfters straffällig werden als Schweizer, macht mir die Tatsache, dass die Gewaltbereitschaft zunimmt, vor allem unter den Jungen. Ich weiss und habe hier auch schon darüber berichtet, dass auch zu Gotthelfs Zeiten sich die Jugend der Nachbardörfer kollektiv verprügelt hat. Aber wenn ich heute sehe, wie brutal zugeschlagen wird, wie auch auf Wehrlose eingedroschen wird, dann ist das unakzeptabel – ganz gleich, ob die Täter Schweizer oder Ausländer sind. Gewalt ist auch, aber nicht nur, ein Ausländerproblem.

Bleibt aus meiner Sicht als letzte Erklärung für das Ja am 29. November nur noch ein allgemeines Unbehagen vor **Überfremdung**. Dafür habe ich durchaus Verständnis – auch wenn ich die Angst nicht teile. Es gibt kaum ein Land, das sich nicht irgendwie und irgendwann vor Überfremdung fürchtet und versucht, sich abzugrenzen. Objektiv ist die Schweiz sicher nicht überfremdet. Ausländer machen rund 20% der Bevölkerung aus, in Reinach sind es 18%. Entscheidend für das (Un-)Wohlbefinden ist aber die *gefühlte* Überfremdung. Fühle ich mich hier noch zuhause oder sind mir die Nachbarn fremd? Sprechen sie meine Sprache oder verstehe ich sie nicht? Befremden mich ihre Sitten oder ihr Verhalten? Sind sie potenzielle Konkurrenten um meinen Arbeitsplatz oder um meine günstige Wohnung? Dass die Befindlichkeit in diesen Fragen in einem Einfamilienhaus am Rebbberg eine andere ist, als in einer kleinen Mietwohnung im Aumattquartier, versteht sich von selbst.

Fremdes ist gewöhnungsbedürftig. Es wird erst mit der Zeit vertraut. Ein Einwanderer aus der Türkei oder aus Afrika löst heute eher Überfremdungsgefühle aus, als einer aus Italien. Aber denken wir daran: Die erste Überfremdungsinitiative von Schwarzenbach & Co. 1970 richtete sich v.a. gegen Italiener und allenfalls Spanier, heute weitgehend integrierte Bevölkerungsgruppen in der Schweiz. Das hat man damals nicht so gesehen! Diese Erfahrungen mit dem allgemeinen Volksempfinden verlangen nach einer dosierten Einwanderung; man darf die einheimische Bevölkerung nicht überfordern. Wir dürfen die Grenzen nicht beliebig öffnen, auch wenn die Wirtschaft hier vielleicht andere Bedürfnisse hätte. Das Abkommen zur Personenfreizügigkeit muss die richtige Dosierung ermöglichen.

Die gefühlte Überfremdung hängt auch davon ab, wie gut sich Einwanderer integrieren lassen, wie weit sie dazu überhaupt in der Lage sind. Hier gibt es zweifellos Missstände und Defizite. In der Vergangenheit sind sicher viele Fehler gemacht worden. Wir haben zwar bereitwillig Angebote zur Verfügung gestellt, beispielsweise Deutschkurse. Aber haben wir auch durchgesetzt, dass sie genutzt wurden? Und sind wir nicht zu unbedarft mit Familiennachzug umgegangen? Haben wir nicht zugelassen, dass Leute in grosser Zahl in unser Land kommen durften, die nicht nur unwillig, sondern teilweise auch unfähig waren oder sind, sich hier zu integrieren?

Bei all dem dürfen wir aber nie vergessen: Die Schweiz hat die Einwanderung nie aus altruistischen Gründen erlaubt, sondern nur, weil es die Schweiz, so wie wir sie kennen und schätzen, ohne die tatkräftige Mithilfe der AusländerInnen heute nicht gäbe – zumindest nicht was den Wohlstand angeht. Wir brauchen die Ausländer mindestens so sehr, wie sie uns brauchen. Wer bezahlt unsere Renten in der Zukunft? Ohne Zuwanderung würde die Schweizer Bevölkerung, und damit auch die erwerbstätige Bevölkerung, schon seit Jahren schrumpfen. Auch damit könnte man theoretisch leben. Aber schauen sie mal in der ehemaligen DDR, was es für eine Region heisst, bei schrumpfender Bevölkerungszahl überleben zu müssen. Wer pflegt uns in den Spitälern oder im Altersheim – schon heute? Aber auch in gehobeneren Positionen kommen wir heute ohne Ausländer kaum mehr zurecht. Uns fehlt es heute in vielen Branchen an beruflichem Nachwuchs mit urschweizerischen Wurzeln. Auch ich habe in meiner Firma gute Leute aus Deutschland angestellt, weil ich keine geeigneten SchweizerInnen gefunden habe. Die zulässigen Quoten ausländischer ArbeitnehmerInnen wurden in wirtschaftlichen Boomzeiten festgelegt. Momentan hat sich der Wind gedreht und wir haben eher zu viele ausländische Arbeitskräfte. Können wir im Ernst erwarten, dass sie jetzt alle ihre Koffer packen und in ihre Heimatländer zurückkehren? Und was passiert beim sich bereits wieder abzeichnenden wirtschaftlichen Aufschwung? Nebenbei: Wir sollten auch bedenken, dass SchweizerInnen bei der Personenfreizügigkeit Gegenrecht geniessen. Heute leben und arbeiten rund 680'000 Landsleute – oder 10% der Schweizer Bevölkerung – im Ausland.

Schliesslich sollten wir auch nicht ganz vergessen, dass die Schweiz erst seit vielleicht 100 – 150 Jahren ein Einwanderungsland ist. Zuvor sind viele Generationen lang SchweizerInnen in alle möglichen Länder ausgewandert. Meist taten sie dies nicht freiwillig, sondern aus schierer Not und Armut. Oft waren es die Ärmsten und die Ungebildeten, welche die Heimat verlassen mussten. Manche Gemeinde hat Auswanderungsprämien bezahlt, um Leute zur Auswanderung zu bewegen. Fürsorgeabhängigen wurden die Ausreisekosten bezahlt, um die Kostgänger los zu werden. Mancher Bankrotteur hat Familie und Schulden zurückgelassen und ist ausgewandert. Es ist auch ein Irrtum zu glauben, alle Auswanderer seien erfolgreich und wohlhabend geworden. Wir dürfen bei unseren Einwanderern nicht unrealistisch hohe Massstäbe anlegen!

Fazit

Wenn ich das Gesagte zusammenfasse, dann komme ich zum Schluss, dass es bei besagter Abstimmung weder um Minarette, noch um begründete Kritik an den Muslimen gegangen sein kann. Am ehesten ist das Ergebnis wohl ein Veto gegenüber gefühlter Überfremdung und mangelnder Integration von Ausländern. Tatsache bleibt aber, dass wir durch das Volksverdict Minarette verboten haben. Damit haben wir eine kurze Phase religiöser Nicht-Diskriminierung in unserer Bundesverfassung beendet: 1866 wurde die Judensteuer abgeschafft. Das Jesuitenverbot wurde 1973 aufgehoben und das Schächtverbot verschwand 2001 aus der Verfassung. Jetzt, nach einer achtjährigen Toleranzphase sind es die Minarette, welche verboten werden. Noch mehr stört mich aber die Tatsache, dass eine grosse Bevölkerungsgruppe, die Muslime, kollektiv für etwas abgestraft wird, was sie zumindest nicht allein verursacht hat. Das ist keine gute Basis für ein besseres Zusammenleben in der Zukunft und für eine erfolgreichere Integration, die doch so bitter nötig wäre. Das schlimmste wäre, wenn wir die Muslime in die Isolation drängen und damit der Gefahr der Radikalisierung aussetzen würden. Ich bin aber froh, dass die Muslime der Schweiz bisher so besonnen auf die Abstimmung reagiert haben.

Wenn meine Feststellungen stimmen, dann hat die Abstimmung trotz allem auch ihre guten Seiten. Offensichtlich ist die Mehrheit der Bevölkerung mit der Ausländerpolitik unzufrieden. Dank der Abstimmung sind wir einmal mehr gezwungen, diese zu überdenken. Die Abstimmung hätte dann die Funktion eines Überdruckventils gehabt. Es ist allemal besser, seine Unzufriedenheit in geordneten Bahnen auszudrücken, als zu warten, bis der Kessel explodiert. Reaktionen aus dem Ausland haben gezeigt, dass es noch manches Volk gäbe, das sich eine solche Möglichkeit der Meinungsäusserung wünschte.

Das Abstimmungsergebnis muss man ernst nehmen! Das ist auch geschehen. Niemand bestreitet, dass der Volksentscheid deutlich war. Soweit er mit internationalem Recht vereinbar ist, muss er umgesetzt werden. Ich kann mich an kaum eine Abstimmung erinnern, die so intensiv analysiert wurde. Nur: Was ist denn zu tun, wenn der Kopf wieder die Oberhand über den Bauch gefunden hat? Bisher habe ich keine neuen, konstruktiven Vorschläge gehört. Das Burka-Verbot schadet wohl nur der Luxusgüter-Branche in Genf und dem Tourismus – oder haben sie in Basel und Reinach schon je eine Frau mit Burka gesehen? Und Verbote für Juden- und moslemische Friedhöfe gehören in die Kategorie der unreflektierten Schnellschüsse. Bleibt noch die Ausweisungsinitiative für kriminelle Ausländer. Hier erahne ich das nächste Debakel: Nehmen wir zum vierten mal eine Initiative an, die nachher nicht umsetzbar ist oder gegen internationales Recht verstösst? Hoffen wir auf einen weisen Entscheid des nationalen Parlaments. Eines ist aber für mich klar: Die Schweiz kann und darf sich nicht isolieren! Für mich sind internationale Abkommen, wie beispielsweise die Menschenrechtskonvention, nicht verhandelbar. Wenn wir nicht mehr bereit sind, uns an international ausgehandelte und vereinbarte Normen zu halten, dann tun wir genau das, was wir Ghaddafi zu Recht vorwerfen.

Ich sehe konkreten Handlungsbedarf sowohl nach innen als auch nach aussen.

Nach **aussen** müssen wir endlich wieder unsere Rolle finden: Wie sagte Frau Bundespräsidentin Leuthard in ihrer Neujahrsansprache richtig: *«Die Welt befindet sich im Umbruch ... Auch die Schweiz muss ihre Rolle sich selbst und anderen gegenüber finden ... Sie muss ihre Rolle finden als ein Land, das sich vom globalen Kräfteressen nicht irritieren lässt, sondern selbstbewusst Lösungen präsentiert und vermittelt.»* Dazu gehört auch, dass wir unsere Beziehung zur EU klären. Seien wir doch ehrlich: Der autonome Nachvollzug ist nicht gerade das, was sich ein auf Selbstbestimmung bedachtes Land erträumt. Immer wieder müssen wir Regelungen der EU übernehmen, ob uns dies passt oder nicht, und können bei der Ausgestaltung dieses Rechts nicht mitbestimmen. Dieser Verlust, frei und nach eigenem Gutdünken entscheiden zu können, fremdbestimmt zu werden, ist wahrscheinlich mit ein Grund für die weit verbreitete Skepsis gegenüber dem Ausland.

Handlungsbedarf besteht aber sicher auch nach **innen**, auch wenn das Folgende längst bekannt ist. Integration von Einwanderern darf und muss verlangt werden. Wo immer es für unser Zusammenleben wichtig ist, gelten die Werte und Normen der Schweiz. Ich lehne Dispensationen vom Turnen, vom Schwimmunterricht oder von Schullagern ab. Sie sind zu wichtig für die Integration oder Ausbildung aller Kinder. (Nur, nebenbei, die meisten Dispensationsgesuche kommen nicht von Muslimen, sondern von Mitgliedern christlicher Sekten.) Das darf und muss kulturelle Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen nicht verwischen. In einem NZZ-Artikel wurde letzte Woche die Forderung aufgestellt, traditionelle helvetische Werte sollten wieder mehr Gewicht erhalten: Pflichtgefühl, Respekt vor dem Alter und für Autorität, hoher Stellenwert der Familie, Wertschätzung für Erziehung und Bildung, Disziplin und Ordentlichkeit u.a.m. Mal abgesehen davon, dass ich nicht sicher bin, ob dies exklusiv helvetische Tugenden sind, so meine ich doch: Falls diese Eigenschaften für das Zusammenleben in der Schweiz wirklich wichtig sind, dann müssen wohl etwa gleich viele SchweizerInnen wie AusländerInnen diese wieder vermehrt pflegen.

Zum Schluss die unvermeidliche Frage auf dem Weg von der Welt- zur Gemeindepolitik: Und was können wir auf Gemeindeebene dazu beitragen? Was machen wir für die Integration der AusländerInnen? Einmal pro Jahr zusammen ausländische Spezialitäten essen, reicht sicher nicht. Bieten wir genügend Möglichkeiten an, Sprach- und andere Wissensdefizite auszugleichen? Und fordern wir die Nutzung dieser Angebote auch konsequent ein? Sind wir zu nachgibig und gleichgültig gegenüber jenen, die sich nicht um Integration bemühen? Oder sind wir beharrlich und fordernd? Lassen wir Missbrauch unseres Systems zu oder kontrollieren wir konsequent? Die Antwort muss jeder selber geben. Ich kann nur versprechen: Erfahren wir von Missständen, dann gehen wir diesen nach. Macht jemand Vorschläge, wie man Integration und Zusammenarbeit verbessern könnte, so prüfen wir das ernsthaft.

Meine Damen und Herren, ich habe Sie in der letzten halben Stunde nicht gerade mit einem erbauenden Thema ins Neue Jahr begleitet. Wenn ich dieses Thema angeschnitten habe, dann aus der Sorge heraus, dass wir uns in den nächsten Jahren unnötigerweise beim Thema Ausländer aufreiben. Es gibt zweifellos Probleme, aber diese sind lösbar. Das friedliche Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen in der Schweiz ist für unser Land überlebenswichtig. Keine Gruppierung, keine Partei darf das Thema zur Profilierung missbrauchen. Nur wenn wir unvoreingenommen handeln und die Probleme beim Namen nennen, werden wir gute Lösungen finden. Ich bitte Sie, sich in diesem Sinne für das Zusammenleben in unserer Gemeinde zu engagieren.

Zum Schluss wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes 2010, gute Gesundheit, viel Glück und Erfolg im kommenden Jahr.

Urs Hintermann, Gemeindepräsident